

## Ziel: Zweitstärkste Kraft in Europa

Marco Buschmann will verkrustete Strukturen der "GroKo Brüssel" aufbrechen

arco Buschmann gehört seit vielen Jahren zu den engsten Vertrauten des FDP-Bundes- und Fraktionsvorsitzenden Christian Lindner. Als Bundesgeschäftsführer seiner Partei (Juni 2014 bis September 2017) übernahm er auf Lindners Wunsch eine führende Funktion bei der strategischen und politischen Neuausrichtung der Liberalen.

Zuvor war Buschmann Mitglied des Deutschen Bundestages (2009 bis 2013) und innerhalb der damaligen FDP-Fraktion Vorsitzender der Arbeitsgruppe Recht sowie Experte für Verfassungs- und Wirtschaftsrecht.

Mit dem Wiedereinzug der FDP in den 19. Deutschen Bundestag (2017) wurde der gebürtige Gelsenkirchener über Platz 4 der Landesliste Nordrhein-Westfalen erneut in den Berliner Reichstag entsandt. Seit Oktober 2017 ist Marco Buschmann Erster Parlamentarischer Geschäftsführer und damit einer der einflussreichsten Köpfe innerhalb der FDP-Bundestagsfraktion.

Der studierte Jurist promovierte im Jahr 2016 zum Dr. jur. mit der Dissertation "EuGH und Eigentumsgarantie". Die Arbeit wurde mit "summa cum laude" bewertet.

Als überzeugter und bekennender Europäer setzt sich der FDP-Spitzenpolitiker für einen "umfassenden Liberalismus" innerhalb der Europäischen Union ein. Sein Engagement gilt dabei vor allem dem Schutz der individuellen Bürgerrechte und dem Kampf gegen bürokratische Verwerfungen. Über diese Politikbereiche und über die anstehende Wahl zum Europaparlament sprach Marco Buschmann mit Hans-Peter Murmann.

Wie wir in einem Hintergrundgespräch erfahren haben, gehen maßgebende Leute der Union im Konrad-Adenauer-Haus davon aus, dass bei der Europawahl die Links- bzw. Rechtsparteien enorm an Zuspruch gewinnen werden. Teilen Sie diese Befürchtung?

Marco Buschmann: Die Spatzen pfeifen es leider bereits von den Dächern, dass wir in vielen Ländern mit starken Zugewinnen für die Links- und Rechtspopulisten rechnen müssen. Aber diese Entwicklung betrifft nicht nur die Wahl zum Europäischen Parlament. Ich darf unter anderem auf die Wahlerfolge von Matteo Salvini in Italien verweisen.

Weiterhin werden – wie wir gehört haben – im Konrad-Adenauer-Haus Überlegungen angestellt, ob es bei einem Erstarken des linken und rechten Randes nicht zu einer sogenannten "Achse der Vernunft" kommen sollte. Gedacht ist hierbei an eine Koali-

tion von Sozialisten, Konservativen und Liberalen. Wäre eine solche Konstellation auch für die FDP die Ultima Ratio – also der letzte Lösungsweg?

Marco Buschmann: Wir benötigen echte Gestaltungmehrheiten und nicht nur Mehrheiten des kleinsten gemeinsamen Nenners. Denn sie bergen die Gefahr, dass die politischen Ränder noch verstärkt werden. Unser Ziel ist daher, dass die Liberalen im Europäischen Parlament zweitstärkste Kraft werden. Wir wollen die Sozialisten von Platz zwei verdrängen und so dazu beitragen, dass es klare Mehrheiten gibt und so auch klare Gestaltungsentscheidungen getroffen werden können.

Pie FDP setzt für die Europawahl auf ein Parteienbündnis mit Emmanuel Macron. Nun ist Macron durch die Gelbwesten im eigenen Land in Bedrängnis geraten. Hat Ihre Partei jetzt auch ein Problem? "Wir benötigen echte Gestaltungmehrheiten und nicht nur Mehrheiten des kleinsten gemeinsamen Nenners." Marco Buschmann: Wir streben ein Bündnis mit "En Marche" und den ALDE-Parteien an, mit dem wir im Europaparlament - wie schon gesagt - zweitstärkste Kraft werden wollen. Das heißt aber nicht, dass wir bei allen Detailthemen einer Meinung sind. Lassen Sie mich aber eins deutlich machen: Trotz aller innenpolitischen Widerstände hat Emmanuel Macron im Vergleich zu anderen französischen Präsidenten mutige Reformschritte eingeleitet. Diesen Mut respektieren nicht nur die Mandatsträger meiner Partei, sondern - so glaube ich - auch viele Menschen in Deutschland.

**?**Was will die FDP in das Bündnis einbringen? Was haben Sie Macron anzubieten?

Marco Buschmann: Auf sich allein gestellt kann "En Marche" im Europaparlament nichts bewegen. Wir bieten "En Marche" die Möglichkeit, Teil einer europäischen Parteienfamilie zu werden.





Gemeinsam könnten wir die verkrustete Brüsseler GroKo aufbrechen und beherzt an einem europaweiten digitalen Binnenmarkt arbeiten, wirtschaftliche Dynamik entfalten, eine europaweite Grundrechteordnung entwickeln und eine europäische Klimapolitik auf den Weg bringen.

? Spätestens nach dem Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union wächst uns eine besondere Verantwortung zu", so Christian Lindner in seiner Rede auf dem 69. FDP-Bundesparteitag. In welchen Bereichen soll Deutschland nach Ihrer Auffassung besondere Verantwortung übernehmen?

Marco Buschmann: Deutschland muss sich noch viel stärker, als in der Vergangenheit geschehen, für Marktwirtschaft und finanzielle Solidität in Europa einsetzen. Traditionell war Großbritannien immer ein starker Fürsprecher für marktwirtschaftliche Lösungen und für einen sorgsamen Umgang mit dem Geld der europäischen Steuerzahler. Insofern ist es aus deutscher Sicht ein herber Ver-

"Es wäre klug, wenn wir uns innerhalb Europas auch militärisch zusammenschließen, um so auch ein ernstzunehmender Faktor in der neuen Weltordnung zu sein."

lust, wenn Großbritannien aus der EU ausscheidet. Deshalb müssen wir den Schulterschluss mit anderen Ländern suchen, damit Marktwirtschaft und finanzielle Vernunft nicht unter die Räder geraten. Ich denke hier an die skandinavischen Staaten, aber auch an die Niederlande.

Wie steht die FDP zu einer europäischen Armee, wie es die Kanzlerin und der französische Präsident vorschlagen?

Marco Buschmann: Die FDP gehört seit vielen Jahren zu den Befürwortern einer europäischen Armee. Zwei Gründe: Zum einen käme es zu einer spürbaren Entlastung der Steuerzahler, wenn zum Beispiel die Waffensysteme harmonisiert werden könnten. Zum anderen wäre eine abgestimmte europäische Verteidigungspolitik mit einer europäischen Armee auch weltpolitisch vernünftig. Wir stellen fest, dass die USA sowie China und Russland dabei sind, eine neue Weltordnung zu schaffen. Dabei setzen diese drei Supermächte sowohl auf wirtschaftliche Stärke

als auch auf militärische Dominanz. Dagegen ist Deutschland – militärisch gesehen – ein Nichts. Deshalb wäre es klug, wenn wir uns innerhalb Europas auch militärisch zusammenschließen, um so auch ein ernstzunehmender Faktor in der neuen Weltordnung zu sein. Nicht, um die europäische Armee häufig einzusetzen, sondern um im Idealfall durch ihre Effektivität und ihre Existenz dafür zu sorgen, dass sie möglichst wenig zum Einsatz kommt.

Seit geraumer Zeit ist von einer europäischen Arbeitslosenversicherung die Rede. Sogar innerhalb der Union gab es durchaus Wohlwollen für diesen Plan. Wie beurteilt die FDP dieses Vorhaben, was ja darauf hinausläuft, dass deutsche Arbeitnehmer und Arbeitgeber künftig für eine verfehlte Wirtschaftspolitik, zum Beispiel der Südländer, zur Kasse gebeten werden?

Marco Buschmann: Wir warnen vor solchen Gedankenspielen und halten eine europäische Arbeitslosenversicherung schon aus volkswirtschaftlichen Gründen

für grundfalsch. Aufgrund des Wohlstandsgefälles wird für einige Staaten eine europäische Arbeitslosenversicherung mit gleichen Standards unbezahlbar sein. Staaten wie Deutschland müssten im Gegenzug ihre Sozialstandards senken. Außerdem besteht die Gefahr, dass über den Weg einer europäischen Arbeitslosenversicherung weitere Finanzschleusen geöffnet werden, um deutsches Steuergeld umzuverteilen. Das lehnen wir ab.

**?** Es wird vielfach mehr Subsidiarität in der EU gefordert. Welche Bereiche sind Ihrer Meinung nach hier anzusprechen?

Marco Buschmann: Ein klassisches Beispiel ist der Tourismus. Es hat sich mir nie erschlossen, warum sich Europa für den Tourismus in den einzelnen Mitgliedsländern interessiert. Tourismus lebt davon, dass eine Region vermarktet wird und dass man die Besonderheiten von Regionen herausstellt. Das kann man auf nationaler Ebene und in Deutschland sogar auf Ebene der Bundesländer viel besser machen, als auf europäischer Ebene. Derartige Beispiele ließen sich beliebig fortsetzen.

**?** Was muss sich Ihrer Meinung nach grundsätzlich ändern, damit der Gedanke Europa wieder mehr Zustimmung in der Bevölkerung erfährt? Das Verbot von Glühbirnen oder der Energieverbrauch eines Staubsaugers kann es ja nicht sein...

**Marco Buschmann:** Es ist in der Tat so, dass das Ansehen Europas in der Bevölkerung darunter leidet,



Mit Marco Buschmann sprach Hans-Peter Murmann dass sich die Kommission in vielen Fällen in Kleinkram einmischt und die überlebensnotwendigen gro-Ben Fragen nicht deutlich genug beantwortet. Ich erwähnte schon, dass die Supermächte USA, China und Russland gerade dabei sind, eine neue Weltordnung zu bauen. Wenn wir Europäer in dieser neuen Weltordnung noch Gewicht haben wollen, müssen wir unsere Interessen gemeinsam und deutlich wahrnehmen. Das heißt, wir müssen zu einer gemeinsamen europäischen Außen-, Sicherheitsund Wirtschafts- beziehungsweise Handelspolitik kommen. Nur dann können wir als Europäer mit einem Binnenmarkt von 400 Millionen Menschen, mit einer europäischen Armee und mit einer gut abgestimmten Außenpolitik in dieser

neu entstehenden Weltordnung Einfluss ausüben.

**?**Gehört zur Reform der EU nicht auch ein Abspecken der Kommissare? 15 an der Zahl statt 28 täten es doch auch, um Entscheidungswege zu verkürzen.

Marco Buschmann: Die FDP setzt sich seit vielen Jahren dafür ein, die Zahl der EU-Kommissare zu senken. Die alte Regel, dass jedes Land einen Kommissar haben soll, stammt aus einer Zeit, als die EU nur wenige Mitgliedsstaaten hatte. Ich halte es für absurd, dass man inzwischen Zuständigkeitsbereiche erfinden muss, nur um genügend Aufgaben für die Kommissare zu haben. Kurzum: 18 Kommissare sind ausreichend. ■

## IMPRESSUM

## Der Selbständige

ISSN 0946-3224
Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen/Deutscher Gewerbeverband Hrgs: Bundesverband der Selbständigen – Reinhardstrasse 35, 10117 Berlin Telefon (030) 280491-0/Fax-11
Redaktion: Joachim Schäfer (verantwortlich), Thomas Brügmann, Anita Schäfer Lavout & © Titel: Joachim Schäfer

Fotos: J. Schäfer, Rita Seiler, Dennis Read, Janina Schäfer, Bettina Ausserhofer Erscheinungsweise: 10 x jährlich Gerichtsstand und Erfüllungsort: Berlin Bezugsbedingungen:

Die Zustellung des E-Papers ist durch den Mitgliedsbeitrag zum BDS abgegolten. Bei Nichterscheinen des E-Papers infolge höheere Gewalt bestehen keine Ersatzansprüche. © by: Bundesverband der Selbständigen Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir keine Gewähr.

Die Urheberrechte an Annoncen (bei eigener Gestaltung), Entwürfen, Fotos und Vorlagen sowie der gesamten grafischen Gestaltung bleiben Bundesverband der Selbständigen und dürfen nur mit ausdrücklicher, schriftlicher Genehmigung weiterverwendet werden.

Briefe und Manuskripte an: Bundesverband der Selbständigen – Reinhardstrasse 35, 10117 Berlin Telefon (030) 280491-0/Fax-11 Internet: www.bds-dgv.de E-Mail: info@bds-nrw.de

**Hinweis:** In allen Fällen, in denen die neue Rechtschreibung mehrere Schreibweisen zulässt, wird die von der Dudenredaktion empfohlene Schreibung angewandt.